

Lob der Gier

Für die einen schon wieder 25 Prozent Rendite, für die anderen Kurzarbeit und Entlassungen – die Wirtschaftskrise verschärft die soziale Kluft und wird zur Systemkrise. „Gegen grenzenlose Profitgier“ marschierten Millionen am 1. Mai – aber kann man die Jagd nach Rendite begrenzen in einem Kapitalismus, der nur von Profit angetrieben wird? *Von Cordt Schnibben*



Werftarbeiter in Rostock-Warnemünde

BERND WÜSTNECK / DPA

Von der Wut im Land, die gärt, spricht der Mann, der Kanzler werden will, von den gesellschaftlichen Fundamenten, die einen Knacks bekommen haben, vom „Land der Marktradikalen“ spricht er und meint die USA, von den „Gelbschwarzen“ um Angela Merkel, die diese Krise nur als „Betriebsunfall“ sehen und schnell zu den „alten Regeln“ zurückkehren möchten, spricht Frank-Walter Steinmeier, und je mehr er sich – soweit man das über ihn sagen kann – in Rage redet, desto deutlicher sehen die Zuhörer die nächsten Monate vor sich. Der sozial-

demokratische Kanzlerkandidat schreitet an diesem Sonntagnachmittag im Berliner Tempodrom die ideologische Front ab, an der bis zur Bundestagswahl im September die Auseinandersetzung um die gesellschaftlichen Folgen der Finanzkrise geführt wird.

Die 2500 Parteimitglieder sind gekommen, um sich das „Heft des Handelns“ erklären zu lassen, das Regierungsprogramm genannte Wahlprogramm. Es ist ein Frühstart in den Wahlkampf, den die SPD versucht, ein Blitzangriff, mit dem man die Deutungshoheit über die Ursachen der Fi-

nanzkrise gewinnen möchte: Wir haben immer gewarnt vor dem Marktradikalismus, den die anderen zu verantworten haben. Und spätestens als Steinmeier, ernst und blass, am Schluss seiner einstündigen Rede „die da oben“, also die oberen zehn Prozent der Deutschen, darauf einstimmt, sie müssten auf ihren „starken Schultern“ zukünftig mehr Lasten tragen, und denen da unten „die Dimension der Krise“ offenbart, ist klar, in was für einer historischen Krise die Deutschen stecken: „Es hat erst begonnen. Wir sind lange nicht durch. Vor uns liegt eine risikorei-



Dinnergäste im Schlosshotel Kronberg bei Frankfurt am Main

WOLFGANG VON BRAUCHITSCH

che Zeit.“ Es sind nicht nur wirtschaftliche Daten, die beunruhigen, es sind gesellschaftliche Grundfragen, die die ökonomische Krise aufwirft. Dass ein Manager wie Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann schon wieder von 25 Prozent Rendite schwärmt, während Arbeitslose, Kurzarbeiter und Steuerzahler dabei sind, für die Folgen hochriskanter Bankerspekulationen geradzustehen, wurde auf den 1.-Mai-Demonstrationen als Ausdruck einer ungerechten Gesellschaft angeprangert. Mit 4,7 Millionen Arbeitslosen müsse man rechnen, sagen die Wirtschaftsforschungsinstitute voraus. Es liegt eine bange Ruhe über dem Land, es ist die Furcht, hinter den Crash-Nachrichten lauere der tiefe Absturz, das glauben drei Viertel der Deutschen. 57 Prozent sorgen sich um ihre wirtschaftliche Zukunft, 38 Prozent sehen sich schon jetzt von der Krise betroffen.

Ein halbes Jahr nachdem die amerikanische Investmentbank Lehman Brothers zusammenbrach und die Weltwirtschaft mit in den Abgrund riss, ist aus der amerikanischen Finanzkrise eine globale Systemkrise geworden. „Der Kapitalismus basiert auf der merkwürdigen Überzeugung, dass widerwärtige Menschen aus widerwärtigen Motiven irgendwie für das allgemeine Wohl sorgen werden“, hat der britische Ökonom John Maynard Keynes den Erkenntnisgewinn nach der Weltwirtschaftskrise 1929 zusammengefasst, und so ungefähr wird es auch in diesen Wochen formuliert. Nicht nur von 1.-Mai-Demonstranten, sondern von Meinungsführern der Gesellschaft, von Staatsmännern, Bankern, Managern und Wirtschaftsexperten, die in ihrem Glauben an die Marktwirtschaft erschüttert sind. Das Grundproblem des Kapitalismus, so formuliert es der neue US-Präsident, sei „eine Kultur, in der Leute enorm viel Geld damit verdienen, die gesamte Wirtschaft aufs Spiel zu setzen“. Die Wut über „diese Leute“ – bis vor einem Jahr noch die Helden des Wohlstands – ist weltumspannend, in den USA werden die „rich and shameless“ von den Medien „gierige Bastarde“ genannt, in Frankreich nehmen Streikende Manager als Geiseln, der Papst ermahnt die Gläubigen, „sich nicht an die Ausbeutung des Menschen durch andere Menschen zu gewöhnen“.

Frank Schirrmacher, Feuilletonchef der „FAZ“ und bisher nicht als Umstürzler aufgefallen, fragt die Leser seiner Zeitung, welche Gründe es habe, „dass wir in einer Gesellschaft leben, die im Begriff ist, nach ihren natürlichen Lebensräumen nun auch ihre soziale Umwelt sehenden Auges zu ruinieren?“ Es sind Fragen wie diese, die sich die Anhänger eines Systems stellen, das zwei Jahrhunderte lang Wachstum und Einkommen gebracht hat.

Was ist das für ein System, so lautet eine dieser Fragen, das sich durch den Kollaps einer Bank an den Rand des Ruins treiben lässt? Wenn die Gier, das ist eine andere



Anti-Krisendemonstration im März: „Sich nicht an die Ausbeutung des Menschen gewöhnen“

Frage, diesen Systemkollaps verursacht hat, wie soll dieses System funktionieren ohne die Gier der Fabrikbesitzer, Manager, Banken? Wenn das Gewinnstreben einiger weniger die Gesellschaft in die Krise führt, statt – wie immer behauptet – dem Gemeinwohl aller zu nützen, wie legitimiert sich dann Privateigentum? Was ist das für ein System, in dem der Staat dieses Privateigentum mit Hunderten Milliarden Euro Steuergeldern vor dem Ruin schützt? Was sind das für Politiker, die das Geschäftsgebaren der Großbanken ermöglichen, geduldet und gefördert haben? Und schließlich: Was ist das für eine Demokratie, in der diese Politiker von den Steuerzahlern und Wählern Zustimmung für diesen Lobbyismus erwarten?

Diese Systemfragen wirft die globale Finanzkrise auf, und wenn auf solchen Treffen wie dem G-20-Gipfel in London die versammelten Mächte der Welt vordergründig um neue Regeln für die Finanzmärkte streiten, zielen sie hintergründig auf die Beantwortung einer existentiellen Frage: Wie retten wir den Kapitalismus vor sich selbst? Es geht um das Verhältnis von Staat und Markt, um die soziale Ausrichtung des Systems, um Demokratie, um die Frage: In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

Die Finanzkrise hat die westliche Führungsmacht in eine Krise getrieben, die

mehr ist als eine ökonomische Krise. Das westliche Modell von Marktwirtschaft und parlamentarischer Demokratie ist verantwortlich für die Schaffung eines „Monsters“, wie es Bundespräsident Horst Köhler nennt, für ein Konglomerat aus Finanzkapital und Politik, das die Welt an den Rand des Ruins trieb. Deshalb muss sich dieser Kapitalismus Fragen gefallen lassen, die in Washington anders beantwortet werden als in Peking, Moskau oder Berlin.

Es konkurriert der Kapitalismus mit sich selbst, es konkurriert der angloamerikanische Kapitalismus mit dem chinesischen Kaderkapitalismus, der russische Staatskapitalismus mit dem schwedischen Sozialkapitalismus, der französische Zentralkapitalismus mit dem Laissez-faire-Kapitalismus der Briten, und auch in Dubai, Singapur, Chile oder Vietnam haben sie wieder ganz andere Antworten auf die Frage, wie viel Gier die Marktwirtschaft braucht, wie viel Verstaatlichung, wie viel Sozialstaat, wie viel Demokratie.

In Deutschland gilt die soziale Marktwirtschaft als die richtige Antwort auf die Sehnsucht nach Profit, der Bundespräsident hat in seiner Berliner Rede den Amerikanern und der Menschheit „unser Modell“ empfohlen: „Die Deutschen haben etwas anzubieten beim Aufarbeiten der Krise.“



Marxistin Wagenknecht in Berlin: Lächeln über die antikapitalistischen Schlagzeilen

Je nach Weltanschauung fallen die Antworten der Deutschen auf die Frage nach Gier und Gemeinwohl anders aus, ein FDP-Politiker wie Guido Westerwelle beantwortet sie anders als ein Unionspolitiker wie Wolfgang Schäuble oder ein SPD-Politiker wie Peer Steinbrück, ein neokonserverativer Historiker wie Paul Nolte anders als ein Ökonom wie Hans-Werner Sinn oder eine Systemkritikerin wie Sahra Wagenknecht, neuer Medienstar der Linken. Wer durchs Land reist auf der Suche nach Antworten, findet eine Republik in der Sinnkrise und ein System in der Legitimationskrise.

Sahra Wagenknecht, Europaabgeordnete der Linken, lächelt über all die antikapitalistischen Schlagzeilen der vergangenen Wochen, ein bisschen aus Genugtuung, viel mehr aber, weil sie als Marxistin diesen Wortradikalismus natürlich suspekt finden muss. Sie, 39 Jahre alt, muss sich seit 20 Jahren anhören, wie anachronistisch ihre Kapitalismuskritik sei, wie verbohrt, wie verstiegen; nun hört sie das Echo ihrer Worte in Talkshows, findet es in der „FAZ“ und im „Handelsblatt“.

Sie sitzt im Zug von Hamburg nach Berlin, zufällig zwei Reihen vor Frank-Walter Steinmeier. Er ist mit einem Tross von Sicherheitsleuten und Referenten in den Großraumwagen der ersten Klasse gezo-

gen, sie allein in ihrem bodenlangen schwarzen Mantel, der sie aussehen lässt wie eine Aristokratin aus einem Film über die russische Revolution.

Sie kehrt Steinmeier den Rücken zu, seine Leute reden über Fußball, sie nippt an einem Fruchtsaft von Mr. Clou, African Queen, und blättert im Magazin „Newsweek“, Titelzeile „We are all socialist now“. Die Hände auf dem Cover sehen aus wie die verschränkten Hände im Parteitemblem der SED.

Er hat, bevor er in den Zug gestiegen ist, vor 750 Leuten über das „neue Jahrzehnt“ gesprochen, über „einen neuen Gesellschaftsentwurf“ und darüber, dass sich „das Fenster der Geschichte geöffnet“

**EINE REVOLUTIONÄRIN
MUSS REDEN
WIE EINE BANKERIN.**

habe. Ein Regierender muss in diesen Zeiten reden wie ein Revolutionär, regieren muss er anders; eine Revolutionärin wie Sahra Wagenknecht muss reden wie eine linke Bankerin.

Sie hat auf ihrer Veranstaltung, vor 150 Leuten, über die Verbriefung von Hypo-

theken gesprochen, über den Kollaps des Kapitalismus und die Verstaatlichung der Deutschen Bank.

Wagenknechts Zuhörer sind Linke aller Schattierungen, schon vor der Veranstaltung haben sie sich darüber gestritten, ob die Abwrackprämie nicht unsozial sei, weil sie Leute ohne Autos benachteilige, und darüber, dass es unzumutbar sei, vier Euro Eintritt zu zahlen, um über den gierigen Kapitalismus zu diskutieren. Die Fragen, die sie stellen, zeugen vom intensiven Studium der Wirtschaftsteile bürgerlicher Zeitungen und von revolutionärer Ungeduld. Warum jetzt, mitten in der größten Krise des Kapitalismus, die Massen nicht auf den Straßen sind und zu den Linken strömen, sondern zur FDP, fragen sie Wagenknecht und sich. Weil die Linke außer einer schlaun Analyse keine Vorschläge hat zur Lösung der Krise, antworten die einen im Saal; weil die Linke sich mit Reformvorschlägen aufhält, statt das System revolutionär zu stürzen, antworten die anderen.

Wagenknecht versucht konkret zu sein, „reformistisch“, wie einer im Saal stöhnt, eine Millionärssteuer von fünf Prozent brächte dem Staat 80 Milliarden Mehreinnahmen, aber die Analyse liegt ihr mehr als die Antwort. Die Vermögensblase und die Kreditblase sind für sie die Quellen, aus denen sich das ökonomische Unheil speist.

Die Vermögensblase, das sind jene um die Welt vagabundierenden Billionen Dollar, die nicht mehr in die warenproduzierende Wirtschaft investiert werden, in Fabriken und Maschinen, weil dort die Renditen geringer sind als auf den Finanzmärkten. Das globale Finanzvermögen lag 1980 bei 12 Billionen Dollar und hat sich bis 2007 auf 196 Billionen Dollar vervielfacht. Die Finanzvermögen sind in den vergangenen 25 Jahren dreimal so stark gestiegen wie die Weltproduktion, die Vermögensansprüche der Geldbesitzer sind inzwischen viermal größer als die jährliche globale Wirtschaftsleistung.

Da Wagenknecht in Brüssel im EU-Ausschuss für Wirtschaft und Währung sitzt, kennt sie sich aus in der Welt des Geldes. In ihrer volkswirtschaftlichen Dissertation beschäftigt sie sich mit mathematischen Modellen des Sparverhaltens, auch mit der hohen privaten Verschuldung der Amerikaner. In den Arbeiten der amerikanischen Ökonomen und Nobelpreisträger Paul Krugman und Joseph Stiglitz sucht sie Argumentationsmaterial.

Die Kapitalismusdebatte in den USA ist härter und konkreter als in Deutschland – je tiefer die Krise, desto genauer die Analyse. Krugman, Professor an der Universität Princeton, ehemals Berater von Ronald Reagan und Bill Clinton, sieht den amerikanischen Kapitalismus inzwischen, wie die Welt Bernie Madoff sieht, erst „mit Respekt, sogar mit Ehrfurcht“, aber nun habe sich die amerikanische Wirtschaft als

„Schwindel“ erwiesen. Aus einem A-A-A-System ist ein C-C-C-Kapitalismus geworden, getrieben von den Mächtigen der Wall Street, die unter Präsident George W. Bush unkontrolliert agieren konnten. Doch Krugman – während des Präsidentschaftswahlkampfes ein Unterstützer Barack Obamas – sieht auch die neue Administration gedanklich eng verbunden mit den Bankern, und deshalb sei auch sie genauso gefangen von „market mystique“. Vor allem das Vorhaben, die inzwischen fast wertlosen Wertpapiere – Ursache der Krise – zu entsorgen mit Hilfe der Spekulanten und auf Kosten der Steuerzahler, zeige, dass Obama glaube, er könne die Märkte beruhigen und dann zurückkehren zum Tagesgeschäft, ohne das Finanzsystem zu ändern.

Joseph Stiglitz, Professor an der Columbia-Universität, ehemals Chefökonom der Weltbank, brachte vom Treffen der ökonomischen Elite in Davos die Erkenntnis mit, dass die Manager und Experten für das Desaster etwas verantwortlich machen, von dem sie vorher überzeugt waren: den Glauben an die „selbstkontrollierenden Märkte“. Stiglitz sieht Marktwirtschaften wie die chinesische im Vorteil, weil sie zentralistischer reagieren könne und nicht die Probleme der privaten Banken lösen müsse; und die deutsche Marktwirtschaft lobt er, weil der Sozialstaat den Absturz besser abfedere. Auch er kritisiert den Obama-Plan: „Das nenne ich amerikanischen Sozialismus, du sozialisierst die Verluste und privatisierst die Gewinne.“

Einer wie Krugman glaubt an den Kapitalismus, er sieht in ihm ein dynamisches System, das funktioniert wie ein Formel-1-Bolide, vorausgesetzt, die Regierung dreht an den richtigen Stellschrauben, wenn sie mit Steuer-, Geld- und Konjunkturpolitik die Marktkräfte reguliert. Sein Ratgeber ist John Maynard Keynes, in dessen Schriften nach der Großen Depression findet Krugman Lehren, die er auf das 21. Jahrhundert anwendet. Sein Kollege Robert Shiller, Professor an der Yale-Universität, hat bei Keynes gefunden, was für ihn das Ausmaß dieser Systemkrise erklärt: den „animal spirit“ im Kapitalismus, den Herdentrieb in einem System, das auf ganz und gar unmathematischen Wegen nach Geld strebt, unberechenbar, irrational: Die unsichtbare Hand der Märkte sorge nicht für Ordnung und Gemeinwohl, sondern für Krise und Exzesse. Die „animal spirits“, sie produzieren im Boom zu viel Vertrauen der Marktteilnehmer und in der Krise zu viel Misstrauen.

Der Kapitalismus als hochkomplizierte Maschine, die nur durch Staatseingriffe richtig funktioniert; der Kapitalismus als irrationale Veranstaltung getriebener Marktakteure; und schließlich der Kapitalismus als System, das nur noch von gigantischen Geldblasen angetrieben wird – das sind die drei wichtigsten Erklärungsansätze amerikanischer Kapitalismuskritiker.



Firmenchefin Maria-Elisabeth Schaeffler, Mitarbeiter in Herzogenaurach im Februar: Kapitalisten

Ökonomen sind jetzt gefragt und werden beschimpft, ihnen wirft man vor, die Finanzkrise nicht angekündigt zu haben, von ihnen will man nun seltsamerweise wissen, wie tief sie noch wird und wie lange sie dauert.

Ein Ökonom wie Hans-Werner Sinn ist natürlich besonders gefragt, er leitet das Münchner Ifo-Institut, und wenn die Kanzlerin die Mächtigen der Republik zum Krisengipfel bittet, dann trägt er vor, wie es steht um Deutschland. Er hat eine Marktradikale wie Margaret Thatcher bewundert, er hat den Deutschen in Talkshows immer wieder „weniger Staat, mehr Markt“ eingehämmert, und nun steht er im großen Atrium der Münchner Spar-

Politiker sie nicht kontrollierten und auch solchen armen Leuten Häuser versprochen, die sie sich gar nicht leisten konnten. Nur ein Regulierungsversagen könne er erkennen, ein Versagen der staatlichen Aufsicht und der Politiker; wenn überhaupt ökonomisches Versagen, dann vor allem bei den Häuslebauern und weniger bei den Investmentbankern.

„Wann haben wir die Finanzkrise überwunden?“ ist das Motto der Veranstaltung, einer Diskussion mit fünf Wirtschaftsexperten, unter ihnen auch der wichtigste Unternehmensberater der Republik, Roland Berger; noch lange nicht wird die Krise überwunden sein, ist die Antwort von Sinn, die deutsche Wirtschaft werde erst im Frühjahr 2010 da sein, wo die amerikanische Wirtschaft jetzt sei, nämlich am vorläufigen Tiefpunkt mit Millionen neuen Arbeitslosen. Sinn, dessen Institut das Geschäftsklima unter den deutschen Unternehmen monatlich erfasst, klingt für die Zuhörer wie eine schrille, glaubwürdige Sirene. Die Zahlen seien so, „wie sie schlimmer nicht sein können“, er prophezeit „die schlimmste Krise der Nachkriegszeit“ und schleudert düstere Zahlen in den vor Schrecken stillen Saal. Die Schreckensbilanz von ein paar Monaten: Geschätzte 50 Milliarden Euro Vermögen haben die deutschen Privathaushalte ver-

**„AMERIKANISCHER
SOZIALISMUS: DU SOZIALISIERST DIE VERLUSTE.“**

kasse vor 500 Zuhörern und soll den Büßer geben. Aber er denkt nicht dran. Keine Krise der Marktwirtschaft kann er erkennen, weil die Krise ja aus den USA über die Welt gekommen sei, aus „dem Land des Raubtierkapitalismus“, in dem die Banken machen konnten, was sie wollten, die



FRANK ZAUBITZ / BANGS

wundern sich am lautesten über ihren Kapitalismus

loren, circa drei Billionen Euro werden die Banken weltweit abschreiben müssen, ungefähr ein Fünftel der Industrieproduktion in Europa ist weggebrochen, 50 Millionen Jobs sind bis Jahresende verschwunden. Staaten wie Island, Irland, Italien und Griechenland kämpfen mit dem Bankrott. Und das alles, weil sich amerikanische Häuslebauer übernommen haben?

Was Sinn Regulierungsversagen nennt, ist bei genauerem Hinsehen ein Entfesselungsprozess, die politische Seligsprechung von Gier.

Regierungen haben in den letzten drei Jahrzehnten die Märkte von Fesseln befreit, zunächst in den USA und in Großbritannien, später auch in Deutschland. Sie folgten dem Rat neoliberaler Ökonomen, dem Lob der Gier: die Märkte zu entstaatlichen, Staatskonzerne zu privatisieren, Steuern zu senken, den Sozialstaat zu beschneiden.

Warum viele Regierungen diese Entfesselung förderten, zuließen und so lange nichts unternahmen, bis es zu spät war, ist nicht nur von historischem Interesse, sondern ist wichtig, um die Chancen zukünftiger Regulierung zu beurteilen. Für Sinn war die Entfesselung falsch verstandener Neoliberalismus, „gerade Finanzmärkte brauchen Regeln, Neoliberale sind keine Anarchisten, sie wollen einen Staat, der an der richtigen Stelle eingreift“.

Ein Jahrzehnt lang profitierten die Milliardäre der Welt und Millionen von Anlegern, Konsumenten, Hausbesitzern und Unternehmen rund um den Globus, Volkswirtschaften wie die von Deutschland und China, Börsianer, Banker, Manager und Politiker. Der Kapitalismus schien in eine neue Phase der sicheren Prosperität zu treten.

Im Blick zurück, nachdem die Kettenbriefwirtschaft zusammengebrochen ist, schaut man nun staunend und ehrfürchtig, gruselnd und befremdlich auf das weitverzweigte digitale Netzwerk, das scheinbar aus sich selbst heraus die Welt überzogen hat mit Geld- und Kreditströmen, programmiert auf Gier, sich überraffend in Millionen von Deals, dabei außer Kontrolle geratend.

Kapitalisten wundern sich am lautesten über ihren Kapitalismus, Spekulant und Milliardär George Soros sieht eine „Superblase“ im System lauern, eine bedrohliche Kreditexpansion, die durch Marktfundamentalismus entstanden ist und durch staatliches Handeln nun immer weiter anschwillt. Ohne ständig steigende private und öffentliche Verschuldung fehlt dem System genügend Nachfrage, um zu wachsen. Wenn nun der Staat durch seine Billionenprogramme die erzwungene schrumpfende private Verschuldung aus-

gleiche, löse er ein Problem, indem er zwei neue produziere, mehr Staatsverschuldung und drohende Inflation.

Beim Löschen eines Feuers, sagt Unternehmensberater Roland Berger im Atrium der Münchner Sparkasse, müsse der Feuerwehrmann aufpassen, dass der Wasserschaden nicht größer wird als der Feuerschaden, und erntet mit diesem Kalenderspruch stürmischen Beifall. Die Leute wollen von ihm, vorgestellt als einer der fünf großen Unternehmensberater der Welt, Trost und Weitsicht, immerhin sei er im Oktober 2007, sagt er ihnen, schon so weitsichtig gewesen, alle seine Aktien zu verkaufen, er habe gesehen, was da aus den USA auf die Weltwirtschaft zukomme.

Die Zuhörer, meist über fünfzig, wären dankbar für begründete Hoffnung, sie halten Zeitungsartikel in den Händen, gefaltet, ausgeschnitten aus dem Wirtschaftsteil der „Süddeutschen Zeitung“, sie sagen „schlimmer Artikel“, über Märklin, sie sagen „schrecklicher Artikel“, über Rosenthal, sie reden über die Artikel, wie sie früher über Artikel aus dem Feuilleton geredet haben. Sie treibt die Sorge ums große Ganze, aber noch mehr um ihr Geld.

Die meisten von ihnen wirken so, als hätten sie nicht wenig zu verlieren, darum bestürmen sie Berger und Sinn, als sie nach der Diskussion den Schinken- und Leberkässchnittchen zustreben, mit Fragen nach sicheren Anlagen. Gold? Sinn lächelt mitleidig, „das gibt doch keine Zinsen“. Er bahnt sich den Weg zum Buffet, den Kopf in den Nacken gelegt. Hyperinflation? Sinn doziert ungeduldig, „wenn zu viel Angebot, gibt es Inflation, wenn zu viel Nachfrage, gibt es Deflation“. Besonders ältere Damen sind um ihn herum, sie waren vorher beim Friseur und haben sich ihre Frage zurechtgelegt. Er blickt belustigt auf sie herab, noch zwei hingeworfene Antworten, dann zieht er den Geldgruppius davon.

Zurück bleiben ein paar hundert Staatsbürger, die sich an Biergläsern festhalten und ihre Zweifel vorsichtig austauschen. Der Zweifel an der Wirtschaftselite, an den Bankern, Managern und Experten, lässt auch an der Wirtschaftsordnung zweifeln: Wenn die nicht alle Betrüger sind, woran keiner glaubt, wer schützt dann die kleinen Leute vor der Ahnungslosigkeit der mächtigen Leute?

„Eine Kette des Versagens“, hat Bundespräsident Horst Köhler ausgemacht, „sie schließen Staaten und Banken ein, auch Wirtschaftsprüfer, Beratungsunternehmer, Rating-Agenturen, Anleger, die Medien.“ Die Politiker an der Spitze der Staaten sind Täter und Retter zugleich. Sie waren Komplizen des Versagens; jetzt sollen sie seine Folgen beherrschen. Sie müssen sich empören über die Fehler, die sie selbst gemacht, übersehen oder toleriert haben.

Die Stimme von Peer Steinbrück ist die Stimme der Krise. Der Finanzminister seziert seit September vergangenen Jahres

fast täglich das Ausmaß der Krise, verkündet staatlichen Schutz und Forderungen an die Mächtigen der Welt, kämpft als Friedensrambo gegen die Steueroasen des Universums. Auch an diesem Abend in Düsseldorf ist es so, er steht wippend hinter einem Pult, redet ohne Manuskript, sucht in seinem unendlichen Hirn die Sätze aus den Reden der letzten Monate zusammen, die für die 400 Parteifreunde im Capitol-Theater wie geschaffen sein sollen.

Sie sitzen auf ihren Polsterstühlen, an der Decke funkeln Glitzerkugeln, an den Backsteinwänden prangen große Spiegel, sie müssen sich vorkommen wie in einer Veranstaltung der zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, doch Steinbrück führt sie nicht zurück bis zur Weltwirtschaftskrise, er ist darum bemüht, sie nach vorn schauen zu lassen auf das Jahrzehnt, das durch dieses „seismografische Ereignis“ bestimmt werden wird; sogar 15 Jahre, glaubt er, wird die Gesellschaft brauchen, um es zu verarbeiten.

Er formuliert so, dass seine Zuhörer sich nicht verirren im Dschungel der Finanzmärkte; es ist eine schwierige Zeit für Politiker, sie müssen komplizierte makroökonomische Fehlentwicklungen erklären, als ginge es um Missstände auf dem Wochenmarkt. „Raffgierige Manager“, das „Rattenrennen um Rendite“, mit solcher Flugblattsprache will er andeuten, dass ihn vieles ankotzt, über das er spricht. In Beifallsstürmen entlädt sich die kopfschüttelnde Empörung der Sozialdemokraten über die Zumutungen eines Systems, dem sie seit mehr als 150 Jahren misstrauisch beim Funktionieren helfen.

Eigentlich könnte nun die große Zeit der Sozialdemokratie anbrechen, die Gelegenheit ist günstig, sich als Wortführer gegen Gier, Anarchie, Ausbeutung, Ungerechtigkeit und andere Laster des Kapitalismus zu profilieren, aber Sozialdemokraten sind ein paar Jahre zu lange in der Regierung, um als Finanzmarktdissidenten glaubwürdig zu sein.

Steinbrück zieht lieber über Margaret Thatcher her, über Experten und Banker, die sich geirrt haben, als über die sozialdemokratischen Versuche, im neoliberalen Zeitgeist zu schwimmen, aber immerhin sagt er, „die Politik hat sich zu lange faszinieren lassen“ von den Renditen der Finanzinnovationen.

„Die Politik ist bis zu einem gewissen Grad auch ratlos“, sagt Steinbrück, das macht ihn glaubwürdig, „keine Blaupause“ gebe es, „von keinem politischen Lager“, für das, was von der Politik im Moment gefordert sei.

Die Wirtschaftselite kurzsichtig, gierig, selbstmordgefährdet; die politische Elite unvorbereitet, mitschuldig, ohne Plan – das lässt so manchen Sozialdemokraten düster aufs neue Jahrzehnt und aufs alte System schauen. Ob denn nicht schon unter Schröder „die kriminelle Machenschaft“ des Ver-



Londoner Polizisten vor der Bank of England: „Wenn Sie nicht wollen, dass Ihnen die Autos

packens von Krediten üblich gewesen sei, will einer, seit zwei Jahren in der SPD, von Steinbrück wissen. Warum denn trotz der 500 Milliarden, die der Staat den Banken als Schutz garantiert, er als Gemüsehändler keinen Kredit von seiner Bank bekomme, fragt ein anderer.

„Die Banken kriegen Schwimmwesten, damit die über Wasser bleiben“, so schön drückt es Steinbrück aus, wenn ein Finanzminister 500 Milliarden Euro Steuergelder als Garantie rausrücken muss. Und dann erklärt er, warum jeder im Saal etwas davon hat, der Sparer, der Kommunalpolitiker, der Rentner, der Arbeiter. Er macht das gut, er weiß, dass sich an dem Punkt alles entscheidet, Hunderte Milliarden von Steuermitteln für die, die sich verzockt haben; „und eine Kassiererin fliegt raus, wenn sie 1,30 Euro versenkt“, murmelt einer der Zuhörer. Und ein anderer fragt Steinbrück, ob man nicht wegen betrügerischen Konkurses ermitteln müsste gegen die Manager.

Das Gemurmel im Saal ist groß, und irgendwann stellt Steinbrück die Systemfrage: „Ist dieses System eigentlich das, was uns die Gesellschaft noch zusammenhält, oder fliegt uns das Ganze auseinander?“ Und dann erzählt er von den Bankern, bei denen er war, „in der Höhle des Löwen“, und denen habe er gesagt: „Wenn

Sie nicht wollen, dass Ihnen die Autos angezündet werden, dann müssen Sie auf das Gemeinwohl achten.“ Und dann fügt er hinzu, „ich sag’s mal marxistisch: Jede Übertreibung schafft sich ihre Antithese“.

Die neue Macht des Staats produziert zwei neue Gefahren: Wenn die Regierung mit Milliarden Steuermitteln ganz offen wie ein idealer Gesamtkapitalist agiert, kann sie das Einverständnis der Bürger verlieren und damit ihre Gestaltungskraft. Und wenn sich der Staat so hoch verschuldet, dass er in Zukunft kaum noch finanziellen Spielraum für politische Entscheidungen hat, kann sich das, was jetzt aussieht wie in der Not geborene Verstaatlichung von Ökonomie, mittelfristig als Entmachtung von Politik erweisen.

Die plötzliche Rückkehr des Staats als omnipotenter Wirtschaftslenker ist – um mit Steinbrück und Marx zu sprechen – die Antithese zur Übertreibung von ein paar Jahrzehnten Gierpropaganda. Dass der allgemeine Wohlstand am besten steigt, wenn jeder Einzelne ungestört seinen Geschäften nachgehen kann und der Staat sich raushält, das war das politische Dogma seit den achtziger Jahren, das war die in Politik gegossene Lehre der herrschenden Ökonomie: Der Markt als Ganzes weiß mehr als jeder Teilnehmer, als jeder Staat, deshalb Privatisierungen, Steuersenkungen, Sozial-



FELIPE TRUEBA / DPA

„angezündet werden, dann achten Sie auf das Gemeinwohl“

abbau, restriktive Geldpolitik, Deregulierung der Märkte. Und diese Politik war wiederum die Antithese zum Keynesianischen Staatsinterventionismus in den Jahrzehnten zuvor, zu chronischen Konjunkturprogrammen, mit denen der Staat die Krise der Märkte abzufedern versuchte. Das Ergebnis: steigende Staatsverschuldung, steigende Inflation. Die Theorie von John Maynard Keynes, in den dreißiger Jahren formuliert, war wiederum die Antithese zum Marktglauben, der die Welt 1929 in die Depression gejagt hatte.

So ist staatliche Wirtschaftspolitik im Lauf der Jahrzehnte gependelt zwischen mehr Markt und mehr Staat, jetzt sind die Staatsgläubigen aller Lager urplötzlich wieder mächtig, weil der Staat als Letztgläubiger gebraucht wird. Eine ganz große Koalition von ganz links bis weit in die Mitte der Union hat sich hinter diesem Einverständnis versammelt, nur die Freidemokraten versuchen sich abzusetzen, zumindest in Worten. Sie inszenieren sich als letzte Instanz des Marktgläubens, sehen die Bundesrepublik auf dem Weg zur „DDR light“ und wollen im Bundestagswahlkampf – im Sinne von „Freiheit statt Sozialismus“ – alle diejenigen gewinnen, „die noch die Kraft der Freiheit in sich spüren“ (Westerwelle), und so eine „Richtungsentscheidung“ erzwingen.

So klar und laut die Stimme der Freiheit inzwischen klingt, die FDP hat lange gebraucht, um die Finanzkrise in ihr Weltbild einzusortieren. Erst schien es, als würden die einstürzenden Banken auch die tapfersten Dolmetscher der Märkte unter sich begraben. In den ersten Bundestagsdebatten nach Ausbruch der Krise wirkte Guido Westerwelle orientierungslos und versuchte, die mangelnde deutsche Bankenaufsicht zum Hauptproblem der Krise zu machen. Das ist ungefähr so, als würde man einen Bankraub den Polizisten des zuständigen Reviers anlasten. Dann waren es „ein paar Hasardeure“, die Schuld und die Marktwirtschaft missbraucht hatten, schließlich wurde die Krise auf den

**„DIE BANKEN
KRIEGEN SCHWIMMWESTEN“,
SAGT STEINBRÜCK.**

„regellosen Casinokapitalismus“ der USA geschoben.

Doch dieser Blick auf die Welt ignoriert, dass die Marktwirtschaft, seit es sie gibt, durch die Marktkräfte zum Großen strebt, zum Ausschalten der Schwächeren, zu noch mehr Absatz, noch mehr Umsatz,

noch mehr Gewinn. Wer im Kapitalismus ein System sieht, das eine schöne Idee ist, die von Gierigen leider missbraucht wird, der ist ungefähr so weltfremd wie ein Marxist, der glaubt, Sozialismus sei eine gute Idee, die leider von Lenin, Stalin und Fidel Castro missbraucht worden sei.

Wer an die Marktwirtschaft glaubt, und wer tut das nicht?, der muss sich nun mit zwei neuen Einwänden herumschlagen: Die Grundidee, Wagnis und Gier zu belohnen und – im Scheitern – zu bestrafen, funktioniert von einer bestimmten Milliardengröße an nicht mehr, weil der Schaden systemisch ist und vom Staat übernommen wird.

Und: Das System konnte nur überleben, weil etwas passierte, was das System des privaten Gewinnstrebens auf den Kopf stellte: ein globaler Staatsinterventionismus in der Größenordnung einer sozialistischen Weltrevolution, mit dem Budget der amerikanischen Atomrüstung seit dem Zweiten Weltkrieg.

Über solche Einwände witzelt Westerwelle hinweg, wenn er auf dem Empfang der mittelständischen Wirtschaft in Leipzig spricht, man spürt kein lautes Nachdenken über die größte Legitimationskrise unserer Wirtschaftsordnung. Er wirkt wie ein Büttendredner, der den Mittelständlern einen schönen Abend machen möchte, mit kleinen Erzählungen über seinen Besuch in Shanghai und einen Flug mit einem Mann, der aus Indien nach Deutschland zurückkehrt. Und er wirkt wie einer, der unbehelligt durchkommen möchte auf dem Weg ins Ministeramt.

Eine Rolle mag auch spielen, dass die FDP nach der Bundestagswahl mit der CDU zusammen die Marktwirtschaft gegen den Ansturm der Verstaatlicher verteidigen möchte. Allerdings sieht Westerwelle einen Teil der Union weich werden gegenüber den Marktkritikern in der SPD; nur auf den CDU-nahen Wirtschaftsrat ist noch Verlass. Der Wirtschaftsrat bittet schon jetzt, Monate vor der Wahl, zum gemeinsamen Symposium von Christdemokratie und Liberalen über das, was die Mitte der Gesellschaft tun kann zur Stärkung des bürgerlichen Lagers.

Guido Westerwelle ist zusammen mit Parteifreunden in die Berliner Landesvertretung Nordrhein-Westfalens gekommen, er erklärt im Atrium den 300 Unternehmern, warum Steueroasen nicht das Problem seien, sondern die Wüste drum herum. Ein „niedrigeres, einfacheres und gerechteres Steuersystem“, das sei das beste Konjunkturprogramm – dieses Mantra singen die Liberalen nicht nur an diesem Abend.

Als Wolfgang Schäuble so etwas wie eine Gegenrede hält, spürt jeder im Saal, was diese Finanzkrise mit Regierenden macht. Der Innenminister tastet sich von der Finanzkrise vor in den Sumpf der Krisenbewältigung, spricht von Erfahrungen,



Nolte



Westerwelle



Sinn (r.)

Kapitalismusexperten aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft: „Das unhaltbare Modell“

„die ich mir nie hätte vorstellen können“, von „fürchterlichen Verwerfungen“, spricht zu den Leuten wie zu Angehörigen, denen man das ganze Leid eines Kranken gar nicht zumuten kann.

Aufgabe der Politik sei es nun, den Weg aus der Krise zu finden, „der für alle Schichten akzeptabel ist“, das unterscheidet eine Volkspartei wie die CDU von „einer Klientelpartei wie der FDP“. Und bei der SPD habe er das Gefühl, „die freuen sich an der Krise, die können sich nun richtig austoben, vom Konsumgutschein bis zur Rentensteuer“.

Wie kann man „die Akzeptanz der Leute“ behalten, das ist das, was Schäuble wirklich bewegt, wie kann man verhindern, dass „der Faden abreißt“, dass die Leute das Gefühl haben, sie zahlen „für die ‚happy few‘“, und deshalb sei diese Gesellschaft von Grund auf ungerecht. „Vor allem die ‚happy few‘ müssen das begreifen“, schickt Schäuble hinterher.

Aber all diese Diskussionen über „Gier“, zielen sie nicht in Wahrheit auf die Grundidee dieses Systems? Wann schlägt Gewinnstreben um in Gier? Bei 6, 14 oder 18 Prozent Rendite? Wenn sich Leistung lohnen soll, ab welcher Höhe wird dieser Lohn unmoralisch? Und wer bestimmt das, der Wirtschaftsrat, der Sachverständigenrat, die Bundesregierung, der Papst, die Talkshows?

„Ein Renditeziel von 25 Prozent“ sei „ein Skandal“, kritisiert der Vizechef der

SPD-Bundtagsfraktion, Joachim Poß, das jüngste Quartalsergebnis der Deutschen Bank. Aber: Renditen von 30 Prozent kommen auch in deutschen Industrieunternehmen vor, im Durchschnitt aller Branchen haben Firmen zwischen 1994 und 2007 etwa 32 Prozent Eigenkapitalrendite vor Steuern erzielt, Pioniere wie Bill Gates, Steve Jobs und andere haben mit ihren Unternehmen Traumgewinne erzielt – alles Skandale? Ein Skandalssystem?

Man kann in diesem System über den Sozialstaat gesellschaftlichen Reichtum umverteilen, aber man kann in der Marktwirtschaft das Einkommensstreben nicht deckeln, und wenn man es versucht, wie es die SPD gerade populistisch probiert, verheddert man sich im Detail.

Von „sittenwidrig hohen Managervergütungen“ spricht Steinbrück und von „sit-

„DIE POLITIK BEGREIFT NICHT, WIE SEHR DIE FINANZKRISE ALLES UNTERGRÄBT.“

tenwidrig niedrigen Löhnen“, aber wer definiert die Sitten? Ein sozial denkender Unternehmer wie der Kaffee-Boss Andreas Jacobs stellt alle „Gehälter in Frage, die über das hinausgehen, was ein Mensch zum Leben braucht“, das klingt schon fast kommunistisch. Bekommt er mit einer sol-

chen Gehaltspolitik die Führungskräfte, die er für sein Unternehmen braucht? Ackermann, der Lieblingsfeind aller Gierologen, verteidigt hohe Bonuszahlungen mit dem Argument: „Wir beschäftigen einige der Besten der Welt.“ Und seine ehrgeizigen Renditeziele lobt er mit dem Argument, bei ihm gebe es keine falsche Gemächlichkeit, „nur damit alle mitkommen“. Irgendwo zwischen Jacobs und Ackermann liegt das richtige Maß des Wirtschaftens in der sozialen Marktwirtschaft.

Das Grundproblem dieser Krise und dieses Systems ist nicht Gier, nicht menschliches Versagen, das Grundproblem sind die vagabundierenden Billionen, deren gierige Besitzer nicht daran denken, sie wie im Kapitalismus des 20. Jahrhunderts in arbeitsplatzschaffende Fabriken zu stecken. Dort fehlt es an Kreativität und Rendite, deshalb fließt das Geld in den Kanälen der Finanzmärkte um die Welt. Auch wenn es den Regierenden gelingen sollte – was zu bezweifeln ist –, die Finanzmärkte transparenter und regulierter zu gestalten, bleibt diese Urgewalt des herumirrenden Geldes. „Die Innovationskraft der Finanzmärkte ruiniert die Märkte“, so sagt es Schäuble.

Dieses manisch-depressive System hat in immer kürzeren Abständen gekriselt, bis es jetzt fast kollabiert ist. 1994 Mexiko, dann Südostasien, 1998 LTCM, der größte Hedgefonds der Welt, dann Absturz der New Economy, die Pleite von Enron, ab 2007 Subprime-Krise in den USA, dann der Kollaps – trotz Warnungen von Ökonomen und Politikern produziert die spekulative Macht immer größere Krisen.

Die Wirtschaftskrise stelle „unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt vor eine Zerreißprobe“, konstatiert der Wirtschaftsrat, und auch die Union wird durch die Krise auseinandergetrieben. Die Marktradikalen des Wirtschaftsrates sehen andere Ursachen und Konsequenzen als die wertkonservativen oder die sozialreformistischen Kräfte in der Union. Die einen fühlen sich ertappt im neoliberalen Sturm und Drang, die anderen bestätigt im Streben nach mehr sozialer Gerechtigkeit. Ein geschulter Beobachter des bürgerlichen Lagers wie Paul Nolte, Historiker an der FU Berlin und Mitglied im Rat für Innovation und Wachstum der Bundeskanzlerin, sieht den alten Streit „zwischen christlichem Impuls und liberalem Gedanken“ aufbrechen und erinnert daran, dass „der Konservatismus auch mal antikapitalistisch begonnen hat“. Eine gesellschaftlich-ideologische Aufarbeitung finde in der Union noch nicht statt, aber es sei festzustellen, dass sich der „Zyklus des Marktradikalismus erschöpft“ habe.

Nolte sitzt in seinem Büro im Institut für Zeitgeschichte, er beschreibt sich selbst als neokonservativ, ihn beschäftigt die Krise der Ökonomie, die er auch als Krise der Werte sieht, aber sie besorgt ihn nicht so, dass er um den Kapitalismus fürchtet. Sein

Forschungsschwerpunkt ist die neuere Politik- und Sozialgeschichte, in diesem Semester doziert er über „Drei deutsche Revolutionen“, 1848, 1918 und 1989. Von einer revolutionären Situation im Jahre 2009 ist nichts zu merken, aber vielleicht von einem kleinen Konterrevolutionöchen gegen den Zeitgeist.

Nolte gehört mit seinem Buch „Generation Reform“ zu den Wortführern der neuen Bürgergesellschaft, die vom Einzelnen mehr Verantwortung und weniger Vertrauen in den Sozialstaat fordert, und dieses Denken wird es nun schwerer haben. Wenn sich Banker, Manager und Milliardäre auf den Staat verlassen können, warum dann nicht auch Florida-Rolf und seine Freunde?

Die Finanzkrise treffe die deutsche Gesellschaft in einem schlechten Moment, in einem Veränderungsprozess zum Guten, sagt Nolte, der nun überlagert werde von Zweifeln an der Gerechtigkeit der Gesellschaftsordnung. Die Zweifel an der Marktwirtschaft, besonders im Osten der Republik, seien traditionell weit verbreitet unter Deutschen, nun verlören „die Unternehmen und Manager so sehr ihre Vorbildfunktion, dass die nicht wiederherstellbar ist“. Dass besonders der Spekulant am Pranger stehe, zeuge von der Unkenntnis kapitalistischen Wirtschaftens, auch „die Produktion von Waren ist ein Spiel mit der Zukunft und lebt von der Spekulation auf Gewinn“. Die Unterscheidung in gute und böse Kapitalisten ist ein ideologisches Zugeständnis in der Krise, „es wäre gut, wenn es mehr Leute gäbe, gerade auch in der FDP, die das den Leuten erklären“.

Der Kapitalismus hat eine Entwicklungsstufe erreicht, in der Geld mehr Ware als Zahlungsmittel geworden ist: mit Devisen, Schulden, Krediten zu handeln ist einträglicher als mit Industrieprodukten, und das finden nur die verwerflich, die glauben, der Sinn der Marktwirtschaft sei die optimale Versorgung der Menschen mit Arbeit und Brot. Der Sinn ist die Vermehrung von Geld, darum gibt der Kapitalist Menschen Arbeit und produziert Waren.

Seit „der Abstand zwischen dem gesellschaftlichen ‚Oben‘ und ‚Unten‘ in einer Weise gewachsen ist“, wie man sich das vor 20 Jahren noch nicht vorstellen konnte, sei, so Nolte, die Kritik an dieser Art des Wirtschaftens und ihren Folgen lauter geworden. 91 Prozent der Deutschen, 85 Prozent der Franzosen und 75 Prozent der Amerikaner beklagen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich durch den globalen Kapitalismus zunehme.

SAP-Gründer Hasso Plattner hat bemerkt, dass „es so eine Stimmung im Land gibt, dass wir Kapitalismus eigentlich gar nicht mehr wollen, sondern was anderes, Netteres“. 58 Prozent der Deutschen sind mit der Marktwirtschaft zufrieden, aber immerhin 28 Prozent halten den Sozialismus eines Versuchs für wert.



Börsenhändler in New York am 15. September 2008: Mit Schulden und Krediten zu handeln

Was auf solchen Gipfeltreffen wie in London und nun in den Ausführungsmeetings der Regierungsbürokraten passiert, ist die mühsame Verständigung darüber, wie der Kapitalismus im 21. Jahrhundert gestaltet werden kann. Die Politiker einiger Staaten haben die eigentliche Schwäche der Ökonomie genutzt, um dem „Monster“ etwas engere Grenzen zu setzen, sie haben ihre Politik des vergangenen Jahrzehnts korrigiert, sie haben einen Katalog von Absichten formuliert, der – national umgesetzt – das Wirken von Banken, Hedgefonds und Steueroasen transparenter macht. Die zwei Hauptprobleme der Krise wollten oder konnten sie nicht lösen: Wie sollen die – auf vier Billionen Dollar geschätzten – toxischen Wertpapiere aus der Welt geschafft werden? Wie soll verhindert werden, dass der finanzgetriebene Kapitalismus immer wieder durch spekulative Blasen die Weltkonjunktur in Krisen stürzt?

Mal tobt er sich aus in der New Economy, wie Anfang des 21. Jahrhunderts, mal auf den Derivatmärkten, mal auf den Rohstoffmärkten, mal an der Börse, mal auf dem amerikanischen Hypothekemarkt, immer auf der Suche nach Renditen, die höher sind als die, die man mit der Herstellung von Autos, Kühlschränken oder Fernsehern erzielen kann.

Mit immer neuen Finanzprodukten haben die Großbanken der Welt die vagabundierenden Billionen bedient und sie dabei im Laufe des Jahrzehnts verdoppelt, verdreifacht, vervierfacht. Dazu kamen die Milliarden aus der Privatisierung der Rentensysteme und die Milliarden der Millionen neuer Kleinaktionäre – eine sich potenzierende Geldmenge erzwang die Entfesselung der Finanzmärkte.

In den USA stürzte sich das vagabundierende Geld auf eine seltsame, zunächst hochprofitable Anlageform: verbrieftete Schulden, die Hypotheken zahlungsschwacher Hausbesitzer, die von Banken zu Wertpapieren gebündelt und von Rating-Agenturen zu hoch bewerteten, angeblich risikolosen Papieren gemacht wurden.

Und die Eigentümer nutzten die Häuser, um sich neue Kredite für Autos, Möbel und den täglichen Konsum zu besorgen, die private Verschuldung stieg im Durchschnitt auf 125 Prozent, was bedeutet, dass jede Familie mit einem Jahreseinkommen von 40 000 Dollar Schulden in Höhe von 50 000 Dollar hatte.

Das amerikanische Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre, durchschnittlich drei Prozent, wurde zu einem großen Teil von dieser Verschuldung der Konsumenten getragen. Die Durchschnittslöhne sanken,



SPENGER PLATT / GETTY IMAGES

ist einträglicher als mit Waren

aber die Konsumausgaben stiegen, finanziert durch Millionen kleiner Keynes, die agierten, als wären sie die Finanzminister ihres eigenen Staates.

Die periodische Wachstumskrise des Systems wurde so hinausgeschoben und eine Bremse des Wachstums ausgeschaltet: die durch die gesellschaftliche Lohnsumme begrenzte Nachfrage.

Lange ging das gut, der Kapitalismus, dieses einfallreichste Wirtschaftssystem der Geschichte, schien einen Ausweg gefunden zu haben aus dem großen Dilemma des Systems, nämlich Geld nur vermehren zu können, wenn man es in einen Produktionsprozess steckt, der Waren hervorbringt, für die man eine profitable Nachfrage braucht. Wer sein Geld – über die Banken – in die Finanzierung von Konsumkrediten steckt, erspart sich die umentliche Investition in Fabriken.

Zu verlangen, die Regierenden der Welt könnten den finanzgetriebenen Weltkapitalismus zwingen, ins vorletzte Jahrzehnt zurückzukehren, ist Unsinn. Die vagabundierenden Billionen sind in der Welt, sie suchen nach Rendite, und wie ernsthaft die Regierenden sie daran hindern werden, wie bisher hochspekulativ und mit großen Kredithebeln ihr Geld zu mehren und dabei „die gesamte Wirtschaft aufs Spiel“ zu setzen (Obama), das wird sich in

den kommenden Monaten zeigen, wenn die Regulierungsidee der letzten Wochen von den Urkräften der globalen Krise zerstört wird.

Die G-20-Regierenden sind gezwungen, die Krise gemeinsam zu bewältigen, aber gleichzeitig ringen sie um Standortvorteile auf den Finanzmärkten: Sie sind sich einig im Kampf gegen Steueroasen auf kleinen Inseln und in winzigen Staaten, aber auch einig darin, die Steuermischen in den USA, in Großbritannien und in China zu übersehen. Sie sind ökonomische Rivalen, sie ringen um Einfluss und Macht im IWF und in der OECD, und sie konkurrieren mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen gegeneinander.

WENN SICH BANKER AUF DEN STAAT VERLASSEN, WARUM NICHT AUCH FLORIDA-ROLF?

Hauptsächlich drei Kapitalismusmodelle streiten miteinander, der angloamerikanische, der asiatische, der europäische. Der angloamerikanische Kapitalismus ist im Moment in der Defensive, steht zu deutlich da als Ursprung der Krise. Der deregulierende Staat, der die Finanzmärkte

te sich selbst überlässt, ist kein Vorbild mehr, Bundespräsident Köhler sieht Obama mit seinen Reformen auf einem deutschen Weg.

„Den europäischen Weg“ empfiehlt auch Ökonom Krugman seinem Präsidenten, einen Sozialstaat, der mehr in die Wirtschaft eingreift, einen Staat, der sich frei macht vom bestimmenden Einfluss der Wall Street. „Das politische System begreift nicht, wie sehr die Finanzkrise alles untergräbt, für was dieses Land steht.“

Auf der Londoner Gipfelkonferenz versuchte der chinesische Staatschef Hu Jintao die amerikanische Schwäche zu nutzen, um sich gegen „Schattenbanken“ und Hedgefonds und für mehr staatliche Regulierung starkzumachen. Sein autoritärer Staatskapitalismus trotz der Krise besser, die chinesische Wirtschaft wächst weiter, um sieben Prozent, die Investitionen stiegen im März gegenüber dem Vorjahr um 30 Prozent, die Industrieproduktion um 8 Prozent, der Einzelhandelsumsatz um 15 Prozent – es scheint so, als ob das Konjunkturprogramm von 440 Milliarden Euro schneller wirkt als die Staatshilfen in westlichen Demokratien. Die meisten chinesischen Banken sind staatlich kontrolliert, die staatlichen Firmen und viele Privatkonzerne sind nicht von den Börsen abhängig, die chinesische Währung ist nicht frei konvertierbar, die Sparrate der Chinesen liegt bei 50 Prozent – all das sind in der Krise systemische Vorteile. Hinzu kommen Währungsreserven von etwa 2 Billionen Dollar, 700 Milliarden Dollar davon in amerikanischen Staatspapieren, das ist der größte Devisenschatz aller Länder. Das große Reich der gierigen Banker, sind dort korrupte Funktionäre – die allerdings gehängt werden, wenn sie als zu gierig auffallen.

„Blindes Profitstreben“ und „das unhaltbare Modell des Westens“ hätten ausgedient, so schallt es aus China hinüber in den Westen. Der Wirtschaftserfolg Chinas beeindruckt in der Krise ärmere Länder und autoritäre Staaten noch mehr als zuvor, von einem „Beijing consensus“ ist in chinesischen Medien schon die Rede, der habe den diskreditierten „Washington consensus“ abgelöst, der jahrzehntelang die neoliberale Wirtschaftspolitik westlicher Regierungen bestimmt habe. Der Staat als Gesamtkapitalist, der regiert inzwischen nicht nur in pseudosozialistischen Staaten wie Vietnam, der lenkt auch in Russland, Dubai, Singapur oder Venezuela die Wirtschaft. So könnte eine der langfristigen Folgen dieser Krise nicht das Erstarken sozialistischer Hoffnungen, sondern autoritärer Formen des Kapitalismus sein.

In westlichen Demokratien wird der Weg aus der Krise auf den politischen Märkten ausgehandelt, im Parlament, in Parteien, in Gewerkschaften, in Unternehmerverbänden, in den Medien. In Deutsch-

land hat sich in der Krise gesellschaftlich zunächst eine ganz große Koalition gebildet, die von den Regierungsparteien über die Unternehmerverbände, die Gewerkschaften bis zu den Kirchen reicht: Der angloamerikanische Kapitalismus ist das Schreckgespenst.

Das Gegenmodell ist so etwas wie ein staatsolidarischer Kapitalismus, mit einem Staat, der die Finanzmärkte regelt und für sozialen Ausgleich sorgt, der Profite und Gehälter begrenzt und Mindestlöhne sichert, ein Staat, der nicht nur Marktregeln definiert, sondern neuerdings auch Marktmoral. Galt bisher für die Wirtschaftspolitik deutscher Regierungen, gegen die Wirtschaft lasse sich nicht regieren und alles, was Arbeit schaffe, sei sozial, so sind die Parteien und die Öffentlichkeit nun dabei, die soziale Marktwirtschaft wieder neu auszuhandeln. Unternehmer, Manager, Banker sind im Moment in der Defensive, Gewerkschaften, Kirchen und Moralisten in der Offensive.

Die „soziale Marktwirtschaft“ ist der ideologische Rettungsschirm, unter den sich alle geflüchtet haben; die einen verstehen darunter den größtmöglichen Geldtransfer vom öffentlichen Sektor der Volkswirtschaft in den privaten und die anderen den größtmöglichen Geldtransfer vom privaten in den öffentlichen. Auch durch alle Parteien geht dieser Dissens, es ist ein zähes Ringen darum, wie man denselben Begriff mit gegensätzlichem Sinn füllt.

So wichtig der politische Markt ist – seine Vorschläge und Entscheidungen müssen sich auf den ökonomischen Märkten bewähren. Egal ob europäischer Sozialkapitalismus, angloamerikanischer Kapitalismus oder asiatischer Staatskapitalismus: Der globale Kapitalismus braucht Wachstum und Rendite, und die größten Chancen für Wachstum und Renditen liegen, glaubt man einer globalen Allianz von Kapitalismusreformen, in der Ökologie. Der grüne Kapitalismus ist nicht nur moralisch korrekt, dort liegen die Märkte der Zukunft, da sind sich Obama, Merkel, Sarkozy, Kritiker wie Krugman und andere einig. Nicht nur an ökonomische Grenzen stößt der Weltkapitalismus, auch an natürliche Grenzen im wahrsten Sinne des Wortes. Der Klimawandel und die Endlichkeit der Ölreserven zwingen ihn zur Erneuerung, all das schreit nach einem Systemwandel.

Das Grundproblem des Kapitalismus: Es gibt in Wahrheit und in Wirklichkeit kein anderes System. „We are all socialist“, das sind wir natürlich nicht, wir sind all capitalistic, wir sind alle Gläubiger, die letzten Zahler.

Die systemische Erkenntnis dieser Krise ist nicht, dass der Markt systemisch zu Krisen führt, das wusste man vorher; die Erkenntnis ist, dass die ideologische Hülle der Marktwirtschaft zerstört ist, wohl für immer. Nackt steht die Marktwirtschaft da,



Luxusyachten im Hafen von Monte Carlo: Was aber, wenn sich viele Menschen keine Meinung

ein kaltes Gerüst, dem Gespött ausgeliefert; „wie Schweine am Trog“ verhielten sich Anleger am Markt, beschreibt nun ein alter Spekulant wie George Soros die Lenkungs-kraft des Marktes; klargeworden sei ihm, „dass Finanzmärkte immer irren“.

Wenn die Mächtigen der Welt so intensiv von „Vertrauen“ sprechen, das wichtig sei, die Krise zu überwinden, dann meinen sie das Vertrauen der Konsumenten, wieder Geld ausgeben zu können, sie meinen aber auch das Vertrauen der Bürger in die Gesellschaftsordnung. Am liebsten möchten sie das hässliche Gerüst schnell wieder verhüllen. Den Wählern ist der unverhüllte Blick zu empfehlen, die Gewöhnung daran, dass die Krise die gewöhnliche Be-

sieht die Gefahr einer gesellschaftlichen Depression, wenn viele Deutsche sich unzufrieden, aber untätig mit einem alternativlosen System arrangieren. In einer „postsozialistischen Welt“ sei der revolutionäre Ausbruch – im Unterschied zu 1929 – nicht vorstellbar. „Die SPD wird durch die Krise eher nach rechts verschoben“, sagt der Historiker, „die marktwirtschaftlichen Pragmatiker bestimmen die Politik, von Andrea Nahles ist nichts zu hören“, der Abstand zu den Linken werde eher größer, auch wenn die SPD sich im Wahlprogramm nun wieder etwas linker anhört. Wie eine mobile Reparaturereinheit gibt sich die SPD, ihre Spitzenleute schweben wie Astronauten durch den Kosmos der Finanzmärkte, auf der Suche nach den Lecks, die mit Finanzmarktvorschriften und Klebeband zu schließen sind. Die Systemfrage stellt sich für einen wie Steinbrück nur deshalb, weil nicht „irgendwelche Spinner von links und rechts“ das System gefährden, „sondern es sind die Vertreter der sozialen Marktwirtschaft selbst“.

Die Spinner von links sind überrascht worden von der Finanzkrise und den neuen politischen Chancen. Durch den EU-Ausschuss Wirtschaft und Währung, in dem Sahara Wagenknecht sitzt, war ihr zwar klar, dass sich auf den Finanzmärkten mächtiges Unheil zusammenbraute, aber

**„WIE SCHWEINE AM TROG“
VERHALTEN SICH
ANLEGER AM MARKT.**

wegungsform dieses Systems ist, dass es eine riskante Gesellschaftsordnung ist und dass jeder ganz schnell zu den Verlierern zählen kann, nein, nicht jeder.

Der unverhüllte Kapitalismus ist allerdings ein Risiko für den Zusammenhalt der Gesellschaft; der Sozialhistoriker Nolte



FRIEDEL / BILDAGENTUR HUBER

mehr bilden, weil die Welt des Geldes zu kompliziert geworden ist?

die kollabierenden Wirkungen sah sie nicht voraus. „Ein schlüssiges Gegenkonzept zum Kapitalismus gibt es nicht“, sagt sie im Zug von Hamburg nach Berlin, den Kanzlerkandidaten Steinmeier im Rücken, und meint damit irgendeine Alternative zum Kapitalismus, die Sozialismus heißt, „aber nicht das ist, was schon gescheitert ist“. Verstaatlichung des Bankensektors, klar, da hat der Kapitalismus schon gut vorgearbeitet, „wir haben mal darüber diskutiert, wie man Commerzbank und Deutsche Bank verstaatlicht, aber das waren Sandkastendiskussionen, jetzt leuchtet das jedem ein“.

Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, so soll es dann weitergehen, „aber dann keine Staatsbürokratie wie in der DDR, sondern Manager, die man über andere Anreizsysteme als den kurzfristigen Profit dazu bringt, zum Wohle aller zu wirtschaften“.

Sie schaut in die dunkle Nacht hinaus, die am Fenster vorbeihuscht, und spricht über den Lauf der Weltgeschichte, der alle bisherigen Revolutionen in Ländern siegen ließ, die ökonomisch noch nicht reif waren für den Sozialismus und deshalb am Mangel scheiterten. Es soll wissenschaftlich klingen, aber für den am Kapitalismus zweifelnden Wähler wird es wieder so klingen, als sei der Sozialismus eine Ge-

sellschaftsordnung, die Reichtum nur verteilen kann statt zu schaffen.

Das Wort „Revolution“ kommt Sahra Wagenknecht nicht über die Lippen, auch vorher nicht in der Veranstaltung, sie spricht lieber von „verändern“, „Umgestaltung“, „Gesellschaftsbruch“, weil die Leute „sonst an Barrikaden denken und an Maschinengewehre“. Soll natürlich friedlich ablaufen und streng parlamentarisch, die Revolution.

Immerhin hat sie in der Veranstaltung davon gesprochen, man müsse „die Herrschenden vor sich her treiben“. Ein Diskutant, in Revolutionstheorie geschult, erwiderte, eine Revolution sei dann möglich, wenn die da oben nicht mehr so können und die da unten nicht mehr so wollen wie bisher, aber leider sei es im Moment nur so, dass die oben nicht mehr so können wie bisher.

Warum die da unten so wenig rebellisch sein wollen, dass alle großen antikapitalistischen Manifestationen der vergangenen Wochen zu ritualisierten Aufmärschen der üblichen Verdächtigen wurden, sollten die da oben nicht als Vertrauensbeweis missverstehen. In manchen Umfragen schwindet das Einverständnis mit dem Kapitalismus, aber es sind – zumindest in Deutschland – Voten der Ohnmacht statt der Rebellion.

Den Kapitalismuskritikern fehlen die Adressaten und die Alternative. Zudem haben sie mit etwas zu kämpfen, was auch Steinbrück, Schäuble, Sinn und Westerwelle im Dialog mit dem Volk zu schaffen macht: Demokratie lebt von Meinungsbildung; was aber, wenn sich viele keine Meinung mehr bilden, weil die Welt des Geldes längst zu kompliziert geworden ist, um sie zu begreifen?

Auf Steinmeiers Wahlauftraktsspektakel im Berliner Tempodrom erzählt Steinbrück, in den vergangenen Wochen habe man auf SPD-Veranstaltungen oft Erklärungen geben müssen „für etwas, was man nicht erklären kann“. Genau das wird den Wahlkampf der nächsten Monate bestimmen: Welche Antworten finden die Parteien auf die Fragen, die die Systemkrise des Kapitalismus stellt? Die Antworten, die Steinbrück am Sonntagmittag fand und die die SPD in ihrem Wahlprogramm findet, lassen befürchten, dass die Parteien sich einen Wettbewerb um die populärsten Antworten statt um politische Lösungen liefern werden. Steuerzahlerboni, Reichensteuer und Börsenumsatzsteuer sind symbolische Politikderivate, die nur in Hallen etwas bewirken.

Die Krise bewältigen und nebenbei Wahlen gewinnen, das ist der gemeinsame Konflikt von Union und Sozialdemokraten, sie müssen tags regieren und abends in den Hallen der Republik Schattenboxen üben. Die beunruhigte Wählerschaft wird so in den kommenden Monaten den Systemtest bestaunen können, wie krisenfest Demokratie ist. Die Krise, von allen Parteien gleichermaßen beschworen, lässt keine Scheinantworten zu, sie diktiert die Programme: Nach den Finanzmärkten und der Realwirtschaft wird sie die Staatshaushalte erfassen, die Arbeitslosenversicherung, die Pflegeversicherung, die Rentenversicherung, auf die Steuerausfälle der Rezession müssen Regierende Antworten finden; wer im Wahlkampf Steuersenkungen verspricht, wird sie im Amt wieder einkassieren müssen.

Von einem „Neustart der sozialen Marktwirtschaft“ sprach Steinmeier im Berliner Tempodrom, auch Kanzlerin Merkel möchte die soziale Marktwirtschaft „erneuern“; ob sie das wirklich wollen, was sie darunter verstehen und wie sie Gier und Gemeinwohl ausbalancieren, das wird darüber bestimmen, wie das Land nach der Krise aussieht. Wer immer mit wem von Oktober an regiert, er wird eine kaputte Republik regieren: fünf Millionen Arbeitslose, Rekordschulden, Sozialabbau. Das Land ist dann da, wo es 2002 war. Krisenzeiten, das hat Altkanzler Gerhard Schröder beiden Rivalen vom Geburtstagsstisch aus zugerufen, haben einen großen Vorteil, er habe das damals nach der Bundestagswahl 2002 mit der deutschen Rekordverschuldung und der Agenda 2010 erlebt, die Leute erkennen, „dass es so nicht weitergeht“, und lassen sich auf Veränderungen ein. ◆